

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntags.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

40. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 30. Oktober 1902.

№ 127.

Für die Monate **November u. Dezember** nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements auf den Corr. zum Preise von 4 Pf. entgegen. Unsere Leser und Freunde wollen die Nichtabonnenten auf vorstehendes aufmerksam machen.

Zur Arbeitslosenversicherung.

Es ist eine Einseitigkeit, die in der Debatte über dieses Thema bisher zum Ausdruck gekommen. Eine Einseitigkeit seitens der Vertreter einer staatlichen Subventionierung der Gewerkschaften bei der Arbeitslosen-Unterstützung und eine Einseitigkeit der Anhänger einer Uebernahme dieser Versicherung auf das Reich.

Auch der Artikel in Nr. 119 des Corr. ist von diesem Vorwurfe nicht freizusprechen. Ja, er geht sogar noch weiter und unterscheidet sich dadurch unangenehm von alledem, was bisher zu dieser Frage geschrieben worden. Man lese die Sätze:

„Im übrigen hat es uns sehr verwundert, daß man auf einmal in der sozialdemokratischen Partei für die Arbeitslosen-Unterstützung so ins Zeug geht und zwar, was für uns gar nicht verwunderlich ist, im Gegensatz zu den Beschlüssen der Gewerkschaften. Bisher war zu beobachten gewesen, daß gerade aus radikalen Arbeiterfreien die Arbeitslosen-Unterstützung in den Gewerkschaften am schärfsten bekämpft wurde und so mag wohl Taktik darin liegen, in einer angeblichen Förderung dieses Versicherungszweiges die Gewerkschaften in einer nachhaltigen Agitation für die Einrichtung und den Ausbau desselben innerlich lahm zu legen.“

Es ist im höchsten Grade bedauerlich — um eine parlamentarische Wendung zu gebrauchen — daß ein solcher Verdacht ausgesprochen werden konnte. Der zweite Satz entfällt tatsächlich nichts mehr und nichts weniger als die Unterstellung, die Partei fördere die Arbeitslosen-Unterstützung nur zu dem Zwecke einer Lahmlegung der Gewerkschaften. Das ist wenig taktvoll! Einen schlimmern Vorwurf kann man sich nicht denken! Man bekämpft den entschiedensten Gegner mit den denkbar schärfsten Waffen, aber man spricht ihm nicht die Reinheit der Motive, die innere Ueberzeugung ab. Man überträgt nicht die Gepflogenheit eines Talleyrand — der selbst bei der Nachricht vom Tode eines andern Diplomaten noch fragte: Was kann der damit beabsichtigen? — auf die Behandlung einer Arbeiterfrage! Dieser Satz ist leider wieder ein Ausfluß jener Geiztheit gegen die Partei, die sich von Zeit zu Zeit eruptiv äußert. Man gewinnt fast den Eindruck, daß selbst in der Frage der Arbeitslosen-Unterstützung — in der jüngst in Hamburg sogar Professor Stieba-Leipzig für sich eine gewisse Uebereinstimmung mit den Kongreßrednern wie v. Elm u. a. zu konstatieren nicht aufstand — einen „innigen Zusammenhang mit der Sozialdemokratie ostentativ zu bekunden“ durchaus vermieden werden soll.

Daß das Eintreten der Sozialdemokratie für eine Arbeitslosen-Unterstützung jungen Datums ist, ist bekannt. Nun, da sie dem Zuge der Zeit folgenden in richtiger Würdigung der Arbeiterforderungen an den Gegenwartstaat sich mit dieser Frage beschäftigt, sollte man das begrüßen und nicht nach Gründen suchen, die in Wirklichkeit nicht bestehen. Es ist nicht denkbar, daß die Partei

„bei dieser Frage mehr Rücksicht auf das Partei- als auf das Arbeiterinteresse“ nimmt. Man sollte doch davon absehen, in Fragen, wie auch der vorliegenden, geflissentlich von Partei- und Arbeiterinteressen zu reden. Zumal die Regierung selbst durch den Mund Posadowskys die Sozialdemokratie als die parlamentarische Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt hat.

Doch nun zur Arbeitslosen-Unterstützung. Früher lautete die Frage: Arbeitslosen-Unterstützung oder nicht? Jetzt ist sie durch die Frage: Gewerkschaftssubvention oder Reichsversicherung? abgelöst worden. Es zeigt sich bei der Behandlung derselben — wie schon eingangs erwähnt — auf beiden Seiten eine gewisse Einseitigkeit. Die Argumente, die geltend gemacht werden, haben manches für sich. Es würde aber ermüden, wollte man sie einzeln durchgehen. Der ganze bisherige Verlauf der Diskussion zeigt, wie kompliziert die Materie ist. Und jeder Beitrag, soweit er neues bringt, vermehrt die Komplikationen. Eine Klärung ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Sie kann nicht eintreten, so lange man sich auf die Lösung obiger Fragen beschränkt. Es muß unbeschadet des Wertes jeder Versicherungsform die Unterfrage nach der Möglichkeit einer schnellern Erlangung einer derselben gestellt werden.

Ueber das Prinzip, „daß die Kosten der Arbeitslosigkeit ungeschmälert von der Gesellschaft, also vom Staate und vom Unternehmertume getragen werden sollen“, herrscht erfreulicherweise völlige Uebereinstimmung. Demgegenüber wird der Streit um die Einführung dieses oder jenes Versicherungssystems stets nur akademische Bedeutung behalten. Man wird doch nicht eine Arbeitslosen-Versicherung durch das Reich — die man eventuell erreichen könnte — von der Hand weisen wollen, nur weil eine Subventionierung der Gewerkschaften von der Zeit ausichtslos ist. Bei allen Vorzügen des letztern Unterstützungsmodus und den für die Gewerkschaften daraus resultierenden Vorteilen würde sich eine solche Haltung der großen Masse unorganisierter Arbeiter gegenüber nie rechtfertigen lassen und von diesen auch nie verstanden werden.

Nun leben die Anhänger der Gewerkschaftssubventionen in dem Wahne, vor eine solche Alternative nie gestellt zu werden. Sie halten ihr System für dasjenige, auf das der Staat bei Einführung einer Arbeitslosen-Versicherung wegen seiner Einfachheit zuerst zurückkommen wird. Und da zeigt sich denn bei praktischen Gewerkschaftern und Politikern ein Optimismus, eine geradezu rührende Naivität, die nicht mehr überboten werden kann.

Zunächst, ich erwartete den Einwand, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Zuwendung von Staats wegen an die Gewerkschaften selbstverständlich eine blanke Unmöglichkeit ist, und daß nur „weitgehende Konzessionen in Bezug auf eine prinzipielle parteipolitische Neutralität“ die Voraussetzungen hierzu schaffen. Aber dieses ist gerade die Achillesferse der Staatssubvention. Ueber das Maß von „weitgehenden Konzessionen“, die die Regierung als Äquivalent

verlangen würde, kann wohl niemand im Zweifel sein. Und Gewerkschaften, die solche „Konzessionen“ machen, sind praktisch eine „Utopie“.

Nicht als ob sich nicht hier und da eine Organisation finden würde, die es versteht, ihre Satzungen denen preussischer Kriegervereine analog zu gestalten und ihre Mitglieder zu Anzügen und Paradeausstattungen bei Fürstenbesuchen heranzuziehen. Nein, weil man diesen staatlich konzessionierten, privilegierten, subventionierten und durch Reichsgebrauchsmuster geschützten „Gewerkschaften“ trotzdem erbarmungslos das Rückgrat brechen würde, wollten sie auch nur den tastenden Versuch einer gewerblichen Forderung machen. Wohl gemerkt, einer gewerblichen, beileibe nicht einer politischen Forderung! Es hieße — um ein nicht übel erfundenes Wort anzuwenden — geschmacklose Denkmäler nach Berlin tragen, wollte man erwähnen, daß ohnehin das Gros des Unternehmertumes jede — auch die allerbescheidenste — Forderung der Arbeiter als sozialdemokratische diskreditiert. Es ist dieses eben die Taktik, um dem großen Publikum die „Anmaßung“, die „übertriebene Begehrlichkeit“ der Arbeiter zu demonstrieren. Und dabei braucht es sich keineswegs um eine Lohnaufbesserung oder Arbeitszeitverkürzung, sondern vielleicht nur um die Abstellung von Mißständen im Betriebe zu handeln. Der Arbeiter entgeht diesem Schicksale nicht, und da mag er sich politisch noch so loyal gebärden, und seinen Schild von den Flecken, die die Berührung mit der Sozialdemokratie verursacht hat, noch so gründlich säubern.

Zielen denn nicht auch Stöckerische Schützlinge — welche gewiß die Milch unversäuerter konservativer Denkungsart eingesogen hatten — der Ungnade anheim, sobald sie sich ihrer gewerkschaftlichen Pflichten erinnerten?

Die anständige Gesinnung einer sehr dünn gestaketen Unternehmerrgruppe in allen Ehren! Aber wir leben in einer Zeit, in der das brutale Herrenrecht mehr denn je zum Leitmotiv aller wirtschaftlichen und gesetzgeberischen Maßnahmen gemacht wird. Ueber die Stellung der Regierung kann niemand in Zweifel sein. Eine Regierung, die eine Zuchthausvorlage gegen die Gewerkschaften einbringt, wird diese Gewerkschaften nie und nimmer subventionieren. Oder aber sie würde Bedingungen stellen, die den Gewerkschaften alles nehmen und ihnen auch nicht einmal den Schein von solchen lassen.

Diese Ausführungen richten sich selbstverständlich nicht gegen eine Subventionierung der Gewerkschaften als solche. Für diesen Fall könnte man die Argumente, die gegen die Arbeitslosen-Versicherung durch das Reich geltend gemacht werden, mit vielem Erfolge auch gegen die Subventionierung verwenden. — Denn auch hierbei besteht die „Gefahr“ — bedingt durch das bei Subventionen selbstverständliche und weitgehende Einspruchsrecht der Regierung —, „die Arbeitslosen-Unterstützung gegen eine gesteigerte Unfreiheit der Arbeiter und gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen einzutauschen.“ Auch könnte „die Bürokratie die Gewalt in die Hände bekommen, Lohndrücker im Großen zu züchten.“ —

Es sollte vielmehr nur die Durchführbarkeit einer Subventionierung der Gewerkschaften untersucht werden.

Und dabei müßte man zu einem negativen Resultate kommen. Es geht nicht an, sich über ernsthafteste Hindernisse mit vielem Temperament hinwegzusetzen. Man wird sich hinsichtlich der Versicherungsform nicht auf einen positiv befürwortenden resp. ablehnenden Standpunkt stellen können, sondern man wird das nehmen müssen, was man erhalten kann. Es ist selbstverständlich, daß die Partei eine Subventionierung der Gewerkschaften ebenso acceptieren würde wie eine Reichsversicherung. Aber niemand kann sagen, welche Form die größere Anwartschaft auf Verwirklichung hat. Es war deshalb taktisch richtig, daß der Parteitag in München diese Frage offen ließ. Man unterlasse es doch, da prinzipielle Gegensätze zu konstruieren, wo nur taktische Meinungsdivergenzen bestehen. Man gebe dem Arbeiter erst überhaupt die Arbeitslosenversicherung, in welcher Form es auch immer sei — und er wird alles daran setzen, eine brauchbare Waffe daraus für sich zu schmieden. ew.

Anmerkung der Redaktion: Der Herr Verfasser hat in seiner Kritik unsern in Nr. 119 veröffentlichten Artikel im Auge. Derselbe kritisiert den Stand der Dinge auf Grund ihrer historischen Entwicklung und der gewerkschaftlichen Tatsachen. Es ist nicht unsere Schuld, wenn die Logik in der Frage der Arbeitslosenversicherung zu den von uns gezogenen Schlussfolgerungen drängt. Jeder aufmerksame und nicht voreingenommene Leser unsers Artikels kann mit Leichtigkeit herausfinden, daß wir die Staatsubvention nicht um jeden Preis haben wollen, daß dagegen die Gewerkschaften einer staatlichen Arbeitslosen-Unterstützung von heute widerstandslos ausgeliefert wären, weil „die Zeit noch nicht erfüllt“ ist, d. h. weil die Gewerkschaftsbewegung die Grundlagen noch nicht geschaffen hat, auf der sich eine gesunde öffentliche Arbeitslosen-Unterstützung aufbauen kann. Wir haben uns diesbezüglich so deutlich ausgesprochen, daß jeder Gewerkschaftler uns beipflichten muß. Und auch der Stuttgarter Kongress hat auf keinem andern Standpunkte gestanden. Wir haben ferner geschrieben, „daß der Parteitag keinen im Gegensatz zur Stuttgarter Tagung stehenden Beschluß gefaßt hat“, somit trifft nicht die Partei der Vorwurf, die Gewerkschaften „innerlich lahm legen“ zu wollen, sondern die Parteikreise, wohl richtiger gesagt Parteiführer, die als radikale Sozialisten die Arbeitslosen-Unterstützung der Gewerkschaften als „Kraftvergeudung“ bezeichnen und hervorheben, daß diese gewerkschaftliche Unterstützungsform geeignet sei, „den Blick der Massen zu trüben und ihn von dem eigentlichen Ziele abzulenken“. Gesteht nicht der Verfasser selbst zu, „daß das Eintreten der Sozialdemokratie für eine Arbeitslosen-Unterstützung jungen Datums“ und daß sie in dieser Frage nur „dem Zuge der Zeit“ gefolgt ist? Wir, die Gewerkschaften, haben hier die Partei auf den richtigen Weg gewiesen gemäß unserer praktischen Erfahrungen und jetzt auf einmal, nachdem man sich in Parteikreisen kaum mit der Sache befaßt, will man die reiflichen Erwägungen der Gewerkschaften ignorieren? Bei uns ist nicht von dem „Ausflusse einer Vereiztheit“ die Rede, sondern wir wollen uns nur nicht im Gegensatz zu den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses in die Sackgasse der öffentlichen Arbeitslosen-Unterstützung treiben lassen. Wenn der Herr Verfasser von uns „den Eindruck gewinnt“, daß wir der Partei eins auszuweisen wollen, so irrt er eben, wir könnten mit dem gleichen Rechte den „Eindruck gewinnen“, daß er aus unserm Artikel herausliest, was ihm gerade als Parteianhänger paßt. In der Sache selbst unterscheiden wir uns ferner von dem Kollegen ew. grundsätzlich darin, daß er die möglichst schnelle Erlangung der einen oder anderen Versicherung für wichtiger hält als die Versicherungsform selbst. Eine zweifelhafteste staatliche Arbeitslosenversicherung tauschen wir aber nicht ein gegen eine Verflachtung

und Versandung der Gewerkschaftsbewegung. Die „Reinheit der Motive“ der sozialdemokratischen Partei haben wir bei dieser Frage nicht angezweifelt, wir behaupten aber, daß es in der Partei Leute genug gibt, die dem „weichen Bescheidhaufen der Gewerkschaftsdujelei“ nicht mit sehr reinen Motiven nahen. Allen aber ist gemeinsam das über alle anderen Interessen hinausragende Parteiinteresse. Und das ist unter Umständen sehr verschieden von dem einer reinen Arbeitergruppe, wie es die Gewerkschaften sind. Wir konnten uns daher in unserm Artikel gar nicht klarer ausdrücken als wir es getan haben. Es ist keine „akademische“ Frage, welcher Form der Arbeitslosen-Unterstützung heute der Vorzug zu geben ist, der Schluß wird immer die öffentlich-staatliche Arbeitslosen-Unterstützung sein. Das ist doch deutlich genug. Aber heute die Tendenzen der organischen Entwicklung ablehnen, heißt unheilvolle Verwirrung schaffen. Kurzfristigen Geistern mag eine in allernächster Zeit fix und fertig in der Gesetzgebungsmaschinerie zusammengebutterte staatliche Arbeitslosen-Unterstützung als eine große Tat erscheinen, aber eine soziale Tat, wie sie nur unter der Mitwirkung und dem Einflusse der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu Stande kommen kann, wäre es nicht. Die Gewerkschaften haben jahrzehntlang allen radikalen Einflüssen zum Trost sich das Verständnis für die Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Arbeitslosen-Unterstützung nicht rauben lassen und werden auch in dem gegenwärtigen Stadium den richtigen Weg zu gehen wissen trotz aller oberflächlichen Nebenarten, mit denen man in Gewerkschaftskreisen Verwirrung anzurichten bestrebt ist. Kollege ew. braucht uns nicht den Talleyrand unterzuschreiben, denn was wir in dieser Sache geschrieben haben, beruht nicht auf Gefässigkeit, sondern auf Erfahrung. Daß unser Kollege die „große Masse unorganisirter Arbeiter“ ebenfalls wieder aufmarschieren läßt, kann unsere Meinung nicht erschüttern, denn der Verständnislosigkeit und der Massendummheit machen wir keine Konzessionen, trotzdem alle Gewerkschaften auch den Interessen dieser großen Masse entspricht. Daß wir die Gewerkschaften der Regierung gegenüber „durch weitgehende Konzessionen in Bezug auf eine prinzipielle parteipolitische Neutralität“ zur Charakterlosigkeit verpflichten wollen, bedarf keiner Widerlegung. Eine starke, einheitliche Gewerkschaftsbewegung, die Zahl ihrer Mitglieder, deren Arbeit, Bedeutung und Einfluß muß aber in dieser Frage zur Geltung kommen und kann dies nicht geschehen, hat man die Ursachen zu beseitigen, die dem entgegenstehen. — Uns Buchdrucker, von jehem die vornehmsten Träger und Propagandisten für die gewerkschaftliche Arbeitslosen-Unterstützung, diesem Pfeiler aller praktisch wirkenden gewerkschaftlichen Organisationen, kann es nicht gleichgültig lassen, welche Wege in dieser Frage die deutsche Gewerkschaftsbewegung in Zukunft beschreitet und ob sie erkennt, daß nur über die Gewerkschaftsbewegung hinweg der Weg zu einer gesunden staatlichen Arbeitslosen-Unterstützung führen kann. Bei all dem verkennen wir mit dem Verfasser nicht die außerordentlichen Schwierigkeiten bei der Lösung der Frage einer Subventionierung der Gewerkschaften. Möglich, daß es dazu gar nicht kommt, wenn bei der Ausfindigmachung eines gangbaren Weges eine andre und vor allem bessere Lösung gefunden werden kann. Als Gewerkschaftler, die mit den wechselnden Verhältnissen unser wirtschaftlichen Lebens tagtäglich zu rechnen haben, sind wir viel zu nüchtern, um uns hartnäckig auf irgend einen Beschluß zu steifen. Zudem aber die Partei hier das Endziel der möglichen Entwicklung voranstellte, ist es unsere Pflicht, die letztere mit aller Energie zu betonen, damit wir nicht nur ein schönes Ziel in der Theorie, sondern auch etwas Greifbares in der Praxis erhalten.

Korrespondenzen.

Dortmund. Der vom hiesigen Ortsvereine am 22. Oktober veranstaltete Rezitationsabend des Herrn E. Walfotte über „Die größte Sünde“ war so zahlreich besucht, wie wohl selten irgendwelche Veranstaltungen besucht zu werden pflegen. Der Vortragende erntete denn auch für seine vorzügliche Rezitation den ungeteilten Beifall aller Anwesenden. Wir können Herrn Walfotte als Rezitator nur bestens empfehlen.

S. Karlsruhe. (Maschinenmeisterverein.) Wie im vorigen Winterhalbjahre hat auch für das kommende der Maschinenmeisterverein wieder einen Tonplatten-Schneidekurs begonnen, an welchem sich auch die Seherkollegen zahlreich beteiligen. Dieser Kursus ist diesmal in zwei Abteilungen eingeteilt und zwar für Anfänger und Vorgeschnittene und hat die Leitung wieder Kollege Weisbach übernommen, welchem zur Unterstützung eine viergliedrige Fachkommission zur Seite steht. Als Material ist für Anfänger Karton, Mäfer, Celluloid und Blei, für Vorgeschnittene Celluloid und Blei sowie eventuell Linoleum in Aussicht genommen. Dieser Kursus dürfte nach den getroffenen Dispositionen wieder vieles Interessante und Lehrreiche bieten. Diejenigen Probierzugkollegen, welche seinerzeit den Wunsch äußerten, sich an dem Fachkursus zu beteiligen oder sonstwie Auskunft über den Kursus wünschten, wollen sich an den jetzigen ersten Vorsitzenden wenden. Das Ergebnis der Vorstandswahl siehe unter Verbandsnachrichten der vorigen Nummer.

A. Leipzig. Am 19. Oktober tagte im Saale des Albertgartens eine von etwa 1800 bis 2000 Personen besuchte Versammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergesellen, welche zum Teile einen recht stürmischen Verlauf nahm. Als einziger Punkt stand auf der Tagesordnung die Aufnahme der Gewerkschaft in den Verband. Der Vorsitzende Engelbrecht, welcher das Referat hielt, bemerkte einleitend, wenn die Aufnahme der Gewerkschaft in den Verband bis zum heutigen Tage auch formell noch nicht vollzogen sei, so müsse dieselbe doch in Anbetracht der vorliegenden Resultate der gepflogenen Verhandlungen zwischen Verbands- und Gewerkschaftsvertretern als bereits geschehen betrachtet werden, denn auf erneute Aufforderung des Verbandsvorstandes haben sich von 22 in Betracht kommenden Gewerkschaften 20 dafür erklärt, es dem Verbandsvorstande zu überlassen, die ihm erforderlich erscheinenden Schritte betreffs Verständigung mit der Gewerkschaft einzuleiten, während nur 2 Gauen — darunter der Leipziger — dagegen geäußert hätten. Auf Grund dieser Volksmacht sei der Verbandsvorstand, vertreten durch Bölling und Eißler, am 14. Oktober in die eigentlichen Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern eingetreten, nachdem er tags zuvor in einer mit dem hiesigen Vorstande gehaltenen Sitzung die durch die Leipziger Versammlung vom 12. September geschaffene Situation zu klären gesucht. In der betreffenden Sitzung habe der Verbandsvorstand betont, daß lediglich an der Forderung der Leipziger Versammlung die Verhandlungen nicht scheitern könnten, wenn seitens der Gewerkschaft die Bedingungen erfüllt würden, welche dem Interesse und der Würde des Gesamtverbandes entsprächen; auch sei es eine irrtümliche Auffassung der Leipziger, wenn dieselben annehmen, von der Regelung der Leipziger Volkszeitungsangelegenheit sei die Entscheidung für oder gegen Aufnahme der Gewerkschaft in den Verband überhaupt abhängig gemacht worden; indem man seitens des Verbandsvorstandes den Leipziger Mitgliedern die Regelung der Volkszeitungsangelegenheit in die Hände legte, sei nur beabsichtigt gewesen, Leipzig Gelegenheit zu geben, soviel als möglich für sich resp. für das ehemalige Personal der Leipziger Volkszeitung herauszuschlagen. — Bei den am 14. Oktober erfolgten Verhandlungen zwischen Verband und Gewerkschaft seien nun seitens der betreffenden Vertreter endgültige Vereinbarungen über die Aufnahme der Gewerkschaft getroffen worden. In Sachen der Leipziger Volkszeitung wurde seitens der Vertreter der Gewerkschaft die Erklärung abgegeben, dafür wirken zu wollen, daß nach eingetretener Verständigung zwischen beiden Organisationen eine über das erste Angebot hinausgehende Zahl von Kollegen, die seinerzeit aus der Volkszeitung ausgetreten sind, wieder eingestellt wird und daß im übrigen für frei werdende Stellen der Arbeitsnachweis des Leipziger Vereins benutzt wird; auch habe bereits Herr Hollender dem Redner bei einer vor einigen Tagen stattgehabten Unterredung die Versicherung abgegeben, daß nach Rücksprache mit der Geschäftsleitung dieselbe erklärt habe, diesen Umänderungen keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Infolge Annahme der Resolution vom 12. September, so führte Redner weiter aus, sind wir nun in eine eigenartige Situation geraten; seitens des Verbandsvorstandes ist den Forderungen der hiesigen Mitgliedschaft nicht vollständig Rechnung getragen worden, da die Unterhändler des Verbandes glaubten, dem Gesamtinteresse der Kollegen mehr zu dienen, wenn sie unter den für sie annehmbaren Bedingungen der Verständigung mit der Gewerkschaft zustimmten. — Gewiss wäre das Mißtrauen der Leipziger Kollegenchaft in Sachen der Wiedervereinigung begründet und namentlich ein großer Teil älterer, sehr ehrenwerter Kollegen sind es eigentümlich, daß gewissermaßen in Eilmarschtempo der Vereinigung zugeglichen wurde. Die betreffenden Kollegen seien sehr ungehalten darüber, daß man den Wünschen einer Mitgliedschaft wie Leipzig nicht Rechnung trägt. Nachdem aber die Einigung so gut wie perfekt sei, müßte

auch den gegebenen Tatsachen Rechnung getragen werden, wenn wir nicht eine Fronde innerhalb des Verbandes bilden wollen, welche schließlich dasselbe Bild zeitigen könnte wie die Gewerkschaft es gezeitigt hat. Niemand hier wünsche ein ähnliches Verhältnis wie es in den Jahren 1882 bis 1885 in Leipzig zum Verbandsstand; wenn die hiesige Kollegenchaft eine Fronde bilden würde, so würde sie daselbe tun, was wir von der Gewerkschaft stets verurteilt haben. Bei allen Gründen, welche gegen eine Vereinigung sprächen, dürfte man auch die nicht unterschätzen, welche für dieselbe ins Feld zu führen sind. Nachdem Referent dieselben der Versammlung vor Augen geführt, kam er auf das dem ehemaligen Volkszeitungs-personale gemachte Angebot zu sprechen und meinte, gerade diese Frage verdiene, von praktischen Gesichtspunkten aus beurteilt zu werden; jedenfalls wäre dem damals ausständig Gewordenen mehr damit gedient, daß man denjenigen von ihnen, welche zurzeit in unsicheren oder unglücklichen Positionen sich befinden, Gelegenheit gäbe, auf Grundlage der abgegebenen Erklärungen wieder in die Leipziger Volkszeitung eintreten zu können, als wenn man aus purer Konsequenz sich auf den Satz verleihe, „entweder alle hinein oder gar keiner“. Zum Schluß seiner Ausführungen eruchte Redner die Versammelten, das objektive Urteil nicht aus dem Auge zu lassen und hoffe nunmehr die irrthümlichen Meinungen aufgeklärt zu haben. Nach Abschluß des Vortrages, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken, ergriff als erster Diskussionsredner das Wort Kollege Sterbek, des öfters von stürmischen Beifall unterbrochen, und führte aus, er gestehe, daß wir in eine verzweifelte Lage geraten seien; auch begriffe er die Erbitterung der Kollegen, als sie von der Tatsache der Aufnahme der Gewerkschaft unterrichtet waren. Leipzig sei von jeher das Versuchsfeld für allerhand Operationen gewesen, so auf dem Tarigebiete usw. Die übrigen Gaudiorstände konnten einer Vereinigung leichten Herzens zustimmen, weil sie sich nicht in dem Maße wie wir mit der Gewerkschaft herumzuschlagen brauchten. Da die scharf präzierte Resolution in der Versammlung vom 12. September einstimmig angenommen war, wüßte man die Nichtbeachtung derselben seitens des Zentralvorstandes bei den Einigungsverhandlungen als eine Vergewaltigung der Leipziger Mitglieder ansehen. Nachdem Sterbek sich in bestiger Weise gegen die Gewerkschaft und den Verbandsvorstand geäußert, eruchte er die Versammlung sich einstimmig gegen die Aufnahme erklären zu wollen, denn die Leipziger seien von jeher gewöhnt, nach der sieben Seiten kämpfen zu müssen; wenn wir unterliegen, so unterliegen wir nur der brutalen Gewalt. Redner brachte eine gegen die getroffenen Abmachungen und den Verbandsvorstand gerichtete, scharf gehaltene Resolution ein. Kollege Linke war der Meinung, daß die Kollegen auswärts bei Beurteilung der Wiedervereinigungsfrage von anderen Gesichtspunkten ausgehen als hier, indem sie das Verhältnis zur allgemeinen Arbeiterchaft mehr in den Vordergrund rücken, was man insolge der Zwietracht unter der hiesigen Arbeiterchaft hier nicht erwarten kann. Er empfahl, den Streitfall aus der Welt zu schaffen, indem man der Vereinigung zustimme, widrigenfalls ähnliche Verhältnisse in Leipzig wie in den Jahren 1882 bis 1885 entstehen würden. Als Lehre aus diesem Konflikt ergäbe sich: Sieg der Tarifgemeinschaft durch die Tarifgemeinschaft. Kollege Dreßler: Wir haben heute mit einer gegebenen Tatsache zu rechnen! Die Debatte ist gewissermaßen heute der Trauergefang über meine Resolution. Teilweise hat man ja der Resolution Rechnung getragen, indem mehr eingestellt werden sollen als früher angegeben. Für uns handelt es sich darum: wer ist im Rechte gewesen, der Verband oder die Gewerkschaft? Die Resolution Sterbek ist zu scharf ausgebrückt. Wir können uns nicht gegen den Zentralvorstand auflehnen. Viele Kollegen gehören der Partei an, da ist es am besten, wenn wir die Sache aus der Welt schaffen. Döblin ist am meisten von den Gewerkschaften mit Kot beworfen worden. Wenn er die Hand zum Frieden bietet, können wir es auch, zum Besten der gesamten Arbeiterchaft. Ich bedauere, daß der Zentralvorstand sich nicht unsere Resolution zu-eigen gemacht hat. Kollege Eichler empfahl nach eingehender Motivierung der Maßnahmen des Zentralvorstandes diese gutzuheißen und sich somit für den Anschluß der Gewerkschaft an den Verband zu erklären. Redner legte eine diesbezügliche Resolution der Versammlung zur Annahme vor. Kollege Schulz erklärte, es geru gesehen zu haben, wenn der Zentralvorstand hier erschienen wäre, um seinen Standpunkt zu vertreten. Da Schulz sich in beleidigenden Ausdrücken gegen Döblin erging, wurde er vom Vorsitzenden unterbrochen und auf daß Angehörige seiner Ausdrucksweise aufmerksam gemacht und sein Verhalten abwesenden Kollegen gegenüber gerügt; er schloß mit den Worten: Wir fügen uns der Disziplin, bringen aber den Leuten die Achtung entgegen, die sie wert sind. Kollege Engelbrecht kam auf die Ausrufungen Schulz zurück und fügte hinzu, er finde es sonderbar, daß jetzt gerade diejenigen Leute, die früher daselbe gemacht wie die Gewerkschaft, aber nicht den Mut gehabt, die Konsequenzen zu ziehen, jedoch innerhalb des Verbandes die Arbeit für die Opposition besorgt haben, heute sich als die rabiatesten Gegner der Vereinigung gebärden. So sehr er eine jede Meinung achte, so föhne man aber keine besondere Achtung vor der Meinung derjenigen haben, welche niemals eine gewisse Beständigkeit besitzen, sondern fortgesetzt aus einem Extrem ins andre verfallen. Kollege Wogenitz: Ich habe in der gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Verbandsvorstande beobachtet können, wie der

Leipziger Vorstand Schritt für Schritt gezwungen wurde, seinen Standpunkt aufzugeben; er konnte aber auch nicht anders! Vor einem Vierteljahre hat uns die Gewerkschaft noch den Fehdehandschuh hingeworfen. Wenn die Gewerkschaft vom Gewerkschaftskongresse anerkannt worden wäre, lägen die Dinge heute anders. Die Vorteile der Wiedervereinigung wiegen mir die Nachteile nicht auf. Das Vertrauen in unsere Führer ist durch ihr jetziges Verhalten zu der Gewerkschaft erschüttert worden. Wir haben uns aber im Interesse der Organisation zu fügen, sonst würden wir daselbe Schauspiel bieten wie seinerzeit die Gewerkschaft. Die Buchdrucker sind in Leipzig von der Partei provoziert worden. Man hat uns aus allen Korporationen hinausgedrängt. Die Buchdrucker, die früher zahlreich der Partei angehört haben, sind aus derselben verschwunden. Seit dieser Zeit ist die Partei aus einem Standale in den andern gefallen: ich erinnere nur an die Wittich-Broschüre, die jetzt das öffentliche Interesse in Anspruch nimmt. Wenn erst einmal andere Verhältnisse hier in der Partei wieder eingetreten sind, werden auch wir wieder für dieselbe arbeiten. Kollege Trimper: Durch die Wahl Döblins in die Generalkommission drängt man nun dahin, die Gewerkschaft aus der Welt zu schaffen. Es scheint als ob durch die Wahl Döblins die Parteileitung uns an der Leine haben wolle. Gerade die von der Gewerkschaft am meisten Angegriffenen treten jetzt für die Aufnahme ein. Aus dem letzten Bremer Versammlungsberichte können Sie ersehen, daß sich die dortigen Kollegen genau so entrüstet haben wie wir. Wir fügen uns, weil wir keine 1882er Zustände haben wollen. Ich bitte Sie, lehnen Sie die Resolution Sterbek ab. Kollege Mezhäuser erklärte sich in längerer Begründung für die Aufnahme der Gewerkschaft. Nachdem Kollege Sterbek seine Resolution im Interesse der Disziplin zurückgezogen und seitens Mezhäuser und Dreßler Zusatzanträge zur Resolution Eichler gestellt, wurde die in Nr. 124 abgedruckte Resolution gegen 11 Stimmen angenommen und hierauf die Versammlung geschlossen.

Stuttgart. Beim Lesen des „geschmackvollen“ August Hünzigen Artikelchens (Nr. 123 des Corr.) werden sicherlich viele Kollegen außerhalb Stuttgarts ausgerufen haben: Na, das muß eine nette Gesellschaft sein in dem Stuttgart! In Wahrheit steht die erwidrende Mehrheit der hiesigen Kollegen dem Hünzigen-Kaiserchen Zwist kühl bis aus Herz hinaus gegenüber. Die Zeitredner an der vorletzten Mitgliederversammlung sind sicherlich nicht unter dem Einbrude nach Hause gegangen, daß Kollege Hünzig schwer beleidigt worden sei; sie haben dies erst aus dem Hünzigen Artikel in Nr. 115 des Corr. ersehen. Es ist die höchste Zeit, ernstlich zu erwägen, ob rein persönliche Streitigkeiten, wie die vorliegende, an der außer den beiden Kämpen die Allgemeinheit absolut kein Interesse hat, in den Spalten des Corr. ausgefochten werden müssen. Hünzig hat den Streit mit seinem Artikel „Zur Aufklärung, wie hier praktische Fragen behandelt werden“, in den Corr. verpflanzt, Kayser, auch nicht „links“, mußte natürlich abwehren; nun kommt wieder Hünzig und fordert mit seinem neuesten Artikel weitere Streiter in die Arena, kräftige Hiebe fassen hin und her und der arme gebuldige Corr.-Leser soll ein gerechtes Urteil abgeben. Zweifellos ist es am besten, Mezhäuser macht in solchen Fällen mit seinem mächtigen Klauense dem Streite im Corr. ein Ende. Wir brauchen den Raum unsers Verbandsorgans zu wichtigeren Angelegenheiten als zur Registrierung von allerlei Kraftworten, die der deutsche Sprachschatz sehr gut entbehren kann. A. Garusch.

Anmerkung der Redaktion: Wir sind mit dem Vorstehenden durchaus einverstanden, nur hat sich Kollege Hanusch an die unrichtige Adresse gewandt. Abhilfe ist hier nur durch die Mitgliedschaft Stuttgart selbst zu schaffen, indem sie überhaupt die persönlichen Streitereien aus den Versammlungen verbannt. Solange aber die Debatten auf Personen zugehört bis hin, und darin namentlich seitens führender Kollegen ein schlechtes Beispiel gegeben wird, kann auch unser Klausier die Entracht nicht herstellen.

Rundschau.

Eine internationale Tuberkulose-Konferenz fand in Berlin statt und zwar unter außerordentlich starker Beteiligung, besonders aus dem Auslande. Aus den verschiedensten Ländern waren Vertreter der Heil- und der Regierungen erschienen, um zu bestimmen, daß mit der Bekämpfung dieser widerlichster aller Seuchen, wie sie Graf Posadowski nannte, der die Versammelten im Namen des Reichstages begrüßte, allüberall Ernst gemacht werden soll. Das ist nur erfreulich. Es soll auch anerkannt werden, daß in dieser Beziehung schon mancher Schritt nach vorwärts getan wurde. Aber da die Hauptursache dieser Seuche in den sozialen Verhältnissen liegt, so wirkt eine Verschlechterung der Lebenslage der arbeitenden Klasse, wie sie jetzt eingetreten ist und voraussichtlich in noch schärferer Form eintreten wird, unmittelsbar hemmend auf alle solche Bestrebungen. Die dadurch erzielten Erfolge stehen in keinem Verhältnisse zur Ausbreitung der Krankheit und dies wird so lange der Fall sein, als im Staatshaushalt für wirkliche Kulturarbeit kein Geld vorhanden ist und das Unternehmertum nicht von Staats wegen gezwungen werden kann, das Eigeninteresse dem Interesse der Gesamtheit unterzuordnen. In letzterer Beziehung verlangte z. B. Dr. Freund-Berlin die gesetzliche Ermächtigung der Versicherungsanstalten,

Krankenberühungsvorschriften zu erlassen, gleich den Unfallberühungsvorschriften, überhaupt eine Vereinigung der Kranken- und Invaliditätsversicherung. Im übrigen wurden die Resultate der bisherigen Bemühungen auf diesem Gebiete durchgesprochen und mancherlei Vorschläge daran geknüpft, die zwar nicht neu waren, deren Wiederholung aber so lange vonnöten, als ihre Verwirklichung auf sich warten läßt. Jedenfalls sind die Konzentrationen ernstlich bemüht gewesen, nach Kräften hier Wandel zu schaffen, soweit das unter heutigen Verhältnissen möglich, möge aber auch jeder einzelne aus dem Volke sich diesem Streben anschließen, vereintes Streben hat noch immer zum Ziele geführt. Es werden sich schließlich auch die Geminnnisse beizugehen lassen, die heute noch einer Radikalkur entgegenstehen.

Der in Geldnot geratenen Sebnitzer Papierfabrik ist wieder auf die Füße geholfen worden. Der Verwaltung angehörige bzw. nahe stehende Personen haben 500000 Mk. gegen hypothetische Sicherheit herausgerückt und die Hauptgläubiger sich durch Uebernahme von Vorkaufsaktien und Fristverlängerung bewegen lassen, zur Sanierung der Gesellschaft beizutragen. Da sowohl die alte Fabrik in Sebnitz wie die neue in Koshmühle mit Aufträgen hinreichend versehen, so ist eine dauernde Besserung der Verhältnisse nicht ausgeschlossen. — Die Aktionäre der Ammendorfer Papierfabrik (Regierungsbezirk Merseburg) bewilligen sich in der Generalversammlung 10 Proz. Dividende für das Geschäftsjahr 1901/2 — das Geschäft ist demnach kein schlechtes gewesen. Dagegen hat die Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart mit einem Verluste von 45082 Mk. zu rechnen. Es ist zwar noch eine erhebliche Dividenden-Reserve vorhanden, die Aktionäre erhalten aber nichts, da zur Verbesserung der Verhältnisse Geld gebraucht wird. Die Hauptschuld an dem schlechten Ergebnisse tragen der Verlag und die Papierfabrik Salach.

Nach Zürich wird im Kanton ein Drucker gesucht, der nicht nur alles mögliche verstehen und praktisch ausüben, sondern auch noch dem Personale gegenüber Antriebsdienste leisten soll. Der bisherige Inhaber dieser Stelle zog von dannen, weil es ihm nicht möglich war, neben den vielen Obliegenheiten auch noch weibliche Arbeiter an der Liefdruckpresse anzuführen. Es wird nun ein solches „Mädchen für alles“ in Nichtverbändlerkreisen gesucht.

Preßprozesse. Ein Fabrikant in Nheydt mißhandelte zwei alte Arbeiter wegen eines kleinen Verfehls und verlor dann die Redakteure vom Christl. Zeitungsarbeiter und Sachzeitung in Krefeld, weil diese von der Mißhandlung Notiz genommen. Der eine wurde wegen formeller Beleidigung zu 20 Mk. verurteilt, der andre freigesprochen, weil er von der Aufnahme des Artikels keine Kenntnis hatte. Als moralisch Beurteiler ging der Kläger aus dem Streite hervor. — Ein Knödel, wie er in einem bayerischen Gefängnisse verabschiedet worden ist, kostet den Redakteur der Zürcher Bürger-Zeitung 150 Mk. Er hatte einen solchen zu erlangen gewünscht, im Gefängnislokal ausgestellt und in einer Notiz auf diese Ausstellung besonders hingewiesen. Der betr. Gefängniswärter resp. die Frau desselben, fühlten sich beleidigt und der Gerichtshof befand, daß zwar der Knödel nicht reglementmäßig hergestellt, der Redakteur habe aber die Beschwerde nicht am richtigen Orte und in der richtigen Form angebracht, er hätte den Knödel der Staatsanwaltschaft zur Begutachtung übergeben müssen. Das Urteil lautete wie angegeben. — Ein Decanatsrichter in Bayern hat seinem Dienstmädchen eine überaus harte Behandlung zu teil werden lassen. Dafür wurde der Redakteur der Hamburger Neuesten Nachrichten zu 150 Mark verurteilt, weil er bei Mitteilung des Falles einige nebenhächliche Tatsachen erwähnt, für die er den Beweis der Wahrheit nicht erbringen konnte. — Wegen Veröffentlichung der Berufungsschrift des Staatsanwaltes in einem schwebenden Prozesse wurde der Redakteur des Volkswillens in Hannover zu 50 Mk. verurteilt. — Der Redakteur Gummow von der polnischen Zeitung Gornoslazok in Kattowitz, der wegen Preßvergehens zu acht Tagen Gefängnis verurteilt war, wurde mit einem Zuchthausler zusammengegesseft nach Weuthen transportiert!!

Die in Pittsburg (Amerika) erscheinende polnische Zeitschrift Wiekopolaia ist auf die Dauer von zwei Jahren im Deutschen Reich verboten worden.

Die sächsische Staatsbahn spart an den — Bahnwärttern. Der Dienst derselben wird insgesamt um etwa 400 Stunden jährlich verlängert, wobei nach einer Berechnung der Sächs. Arb.-Ztg. ein Gewinn von 103600 Mark herauspringt. In dem neuen Dienstpläne ist zwar auch ein vierzehntägiger Erholungsurlaub vorgesehen, aber ein Recht auf diesen Urlaub haben die Leute nicht, die Bewilligung desselben hängt von dem Dienste, von der Führung und Leistung ab.

In Dresden fand eine Versammlung sächsischer Lokomotivführer statt, um einen Landesverein zu gründen, wie sie bereits in Bayern und Baden bestehen. Außerdem existiert ein Deutscher Lokomotivführerverein. Nachdem die Versammlung dem König Georg und dem Generaldirektor v. Kirchbach per Telegramm ihre Aufmerksamkeit gemacht, wurde der Verein ins Leben gerufen. Derselbe will die „Staatsinteressen“ vertreten, Witwen und Waisen und in Not geratene Mitglieder unterstützen. Aus einer besondern Hülfskasse soll Sterbegeld und an pensionierte Mitglieder laufende oder einmalige Unterstützungen gezahlt werden. In Verbindung mit dem

Delegiertentage fand ein Vortragsabend statt, an dem neben dem Lokomotivführer auch der Generaldirektor v. Kirchbach nebst höheren Eisenbahnbeamten teilnahmen. Der Herr v. Kirchbach betonte in einer Ansprache, daß sich die Lokomotivführer stets seines Wohlwollens verpflichtet halten dürften und schloß mit einem Hoch auf die Führer derselben. Der neue Verein scheint danach in einer Gunst zu stehen, wie sie sich die übrigen Eisenbahnarbeiter nicht zu erstreuen haben. Freilich wird dies nur so lange anhalten, als der Verein sich darauf beschränkt, die nötigen Unterstützungen aus eigener Tasche zu begeben, und die „Standesinteressen“ in „gebührender“ Weise vertritt.

Ein Außerordentlicher Verbandstag der Thüringer Konjunkturvereine mißbilligte aus scharfer den zu unrecht erfolgten Ausschluß der 96 Konjunkturvereine aus dem Allgemeinen Verbandsverbande, erklärte sich mit den Ausschließungen solidarisch und beschloß mit 96 gegen 6 Stimmen den Austritt aus dem Allgemeinen Verbandsverbande. Dies alles geschah unter den Augen des Verbandsanwaltes Dr. Crüger, welcher der Versammlung beiwohnte.

Der Verband englischer Bergleute, der sich nach Beendigung des Transvaalkrieges in Johannesburg gebildet, hat seinen Führer Ratcliffe nach England entandt, um von Chamberlain die Einführung von Arbeiterschutzgesetzen für Transvaal, insbesondere für die Goldminen zu fordern. Vor allem wird die Einführung der gesetzlichen Sonntagsruhe, die zurzeit in Transvaal noch nicht besteht, verlangt.

Zu Mißstände in Meerane ist keinerlei Veränderung eingetreten. Der Fabrikinspektor aus Wicau, welcher, nebenbei erwähnt, die Forderungen der Streikenden für durchaus berechtigt hält, traf in Meerane ein behufs Vermittelung, wurde aber vom Vorsitzenden der Fabrikantenvereinigung abgewiesen. Ein Vermittlungsversuch des Bürgermeisters, der darauf hinausging, die Arbeiter zu zerpfüttern, wurde von diesen abgelehnt. In einigen anderen Orten, so in Greiz, kam es zu Konflikten wegen Anfertigung von Streikarbeit. — Die Leberarbeiter in Brandenburg a. H. haben sich mit den Unternehmern unter Mithilfe der beiden Verbandsvorsitzenden geeinigt. Der Lohn wurde um eine Kleinigkeit erhöht und die übrigen Arbeitsbedingungen den in Berlin gültigen gleichgestellt. Der Vertrag soll bis zum 31. Oktober 1905 in Geltung bleiben. Die Aussperrung bei der Firma Eberle & Treibmann in Dresden ist nach erfolglicher Dauer ebenfalls beendet. Die Firma setzte i. J. 50 Arbeiter auf

die Straße, weil sie anständig behandelt sein wollten und verlangte nach vierwöchiger Dauer des Konfliktes gelegentlich der angehaltenen Einigungsverhandlungen noch Austritt aus der Organisation. Nach weiteren vier Wochen ließ sie diese Forderung fallen und stellte 11 der unentschuldigsten Arbeiter ein, jetzt hat sie auch die übrigen, soweit sie nicht anderwärts Stellung gefunden (es sind dies gegen 30), eingestellt bis auf einen, der als Opfer des Konfliktes zurückblieb. Der Streik in der Schuhfabrik von Waldmann & Co. in Mainz endete durch Vergleich. Der Besitzer verpflichtete sich, die Arbeiter, soweit möglich, wieder einzustellen und den Tarif zu bezahlen.

In Galizien haben die Landarbeiter bei Beginn der Kartoffelernte den Streik wieder aufgenommen. In Triest beschloßen die ausständigen Heizer die Wiederaufnahme der Arbeit, den Schiedsspruch des Präsidenten der Seebehörde anerkennend. Bei diesem Streik handelte es sich um den Arbeitsnachweis der Heizer. Anerkannt ist derselbe im Schiedssprache nur insoweit, als seine Verneinung den Kapitänen freigestellt ist. In den Sägewerken in Nordschweden ist die Aussperrung insofern erlebigt, als die Aussperrten wieder eingestellt werden sollen, jedoch nur nach Bedarf. Nur 50 wurden aufgenommen, der Rest auf die Zeit nach Neujahr vertröstet. Ob die Arbeiterorganisation, der Stein des Anstoßes, nun Gnade bei der Direktion gefunden, davon verlautet nichts.

Briefkasten.

H. H. in Stuttgart und E. K. in Plauen i. V.: Da auf Inserate im Corv. schon Offerten von sogar Paketsform durch unsere Hände gingen, hinterher aber Reklamationen behufs Wiedererlangung der eingelangten umfang- und zahlreichen Druckproben, Zeugnisse, Photographien usw. hier einlaufen, müssen wir Sie sowohl wie überhaupt im allgemeinen darauf verweisen, daß die Geschäftsstelle sich nicht auf derartige Vermittelungen einlassen, sondern bei Aufgabe von Offerten nur zur Vorsicht mahnen kann.

Verbandsnachrichten.

Bezirk **Barmen**. Die nächste Bezirksversammlung findet Sonntag den 23. November, nachmittags 3 Uhr, in Lennepe, Köhler Hof (Fr. Pinke), Pölnersstraße, statt. Tagesordnung wird den Mitgliedern per Zirkular bekannt gemacht. Anträge erbittet bis 9. November Ab. Himmelmann, Barmen, Eichenstraße 51.

Bezirk **Vielefeld**. Die vierte diesjährige Bezirksversammlung findet am 23. November in Vielefeld im Lokale des Herrn Zindstiel, Bürgerweg, statt. Etwaige Anträge sind bis zum 15. November beim Vorsitzenden Marow, Hermannstraße 61, einzureichen. Alles Nähere geht den Mitgliedern durch Zirkular zu.

Breslau. Die Druckerei von Miza Kugler & Co. ist wegen unaristmässiger Verhältnisse für Mitglieder gesperrt.

Wien. Der Sezer Georg Schwenderting (früher in Wiegitz) wird aufgefordert, seine genaue Adresse sofort an P. Zischke, Wiegitz, Dänemarkstraße 38, II, wegen wichtiger Nachricht zu senden.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Vielefeld. Vom 1. November ab wird das Reisegeld durch Kollegen Louis Hünig im Verkehrslokale des Herrn Zindstiel, Bürgerweg, abends von 7 bis 7 1/2 Uhr (außer Sonntags) ausgezahlt. Die Verwalter der untenstehenden Zählstellen werden ersucht, die reisenden Kollegen hierauf aufmerksam zu machen.

Bremen. Der Sezer Adolf Kfzig, geboren in Ripperwieje am 17. September 1882, ausgebildet in Werber a. H. 1. Oktober 1900, hat auf der Reise von Bremen nach Oesterlande sein Buch samt Legitimation verloren. Letztere wurde als Duplikat nachgeholt.

Plauen i. V. Für den Sezer Josef Kabel aus Ansbach liegt ein Brief und Geld beim hiesigen Verwalter.

Tarif-Amt der Deutschen Buchdrucker.

Briefadresse: a. H. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

Bekanntmachung.

Laut Beschluß der am 6. d. M. in Düsseldorf stattgehabten vierten Kreis-Amts-Sitzung für den Kreis II sind zu den für die tariflichen Institutionen unseres Kreises entstehenden Kosten für das Jahr 1902 von jedem tariffreien Gehilfen 25 Pf. zu erheben.

Sämtliche tariffreie Gehilfen des Kreises II wollen daher vorstehend genannten Betrag bis spätestens 15. November an den Unterzeichneten entrichten. (Für die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker wird der Beitrag aus der Kasse bezahlt.)

Krefeld, Noßstraße 141, 12. Oktober 1902.

W. Rabe.

Umsonst „Offertenblatt f. d. ges. Druckindustrie“ Graph. Anzeiger, Halle a. S.

Hilfsredakteur und Berichterstatter!

Buchdrucker, überzeugungstreuer Sozialdemokrat, mit den politischen und wirtschaftlichen Vorgängen vertraut, in obgenannter Eigenschaft für ein Arbeiterorgan **per baldigst gesucht**. Kenntnisse der Stenographie erwünscht, wenn auch nicht gefordert. Werte Offerten mit curriculum vitae, einer selbstverfaßten kurzen Probearbeit über die Aufgabe eines sozialdemokratischen Redakteurs und Berichterstatters erb. an die Geschäftsstelle d. Bl. unter Nr. 876.

Buchdruckerei

seit zehn Jahren bestehende, gute Kundenchaft, Wochenzeitung mit Inseraten, **umfangreicher billiger** zu verk. Für zwei junge Fachl. passend. W. Off. u. Nr. 894 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Zeitgeber z. Errichtung ff. Accidenzdruckerei in Berlin gesucht, „88“, Postamt 35. [889]

Eilt!

Sofort ein Herr gesucht zum Verkaufe von **Zigaretten** an Wirtsh. u. Vergütung 120 Mk. pro Monat und hohe Provision. **A. Riedt & Co.,** Hamburg. [882]

Faktor.

Junger, strebsamer Buchdrucker, welcher durchaus tüchtig im Korrekturlesen, in der Reklamation, im Entwurfe und Sonplattenschnitt ist, für die Leitung einer mittleren Druckerei nach **Frankfurt a. M.** sofort gesucht. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften erb. unter V. R. 309 an **Hausstein & Vogler, U. G.,** Frankfurt a. M. [897]

Junger, intelligenter Seher

für **englischen** Satz auf der Monoline zum Unterrichten gesucht. Beherrschung der englischen Sprache Bedingung. Werte Offerten mit Zeugnisabschriften an **Honoline, Maschinenfabrik, U. G.,** Berlin SW 48. [895]

Gießer oder Fertigmacher

von großer Schriftgießerei z. Beaufsichtigung der Kompletzmaschinenabteilung **gesucht**. Werte Angebote unter W. O. 329 an **Hausstein & Vogler, U. G.,** Frankfurt a. M., erb. [878]

Vertrauensstellung

Sucht junger Mann, 25 Jahre alt, gelernter Schriftsetzer, Suchender ist vertraut mit doppelter Aufschrift, Korrespondenz sowie allen einschlägigen Kontorarbeiten und würde Stellung als Stütze des Chefs oder als Faktor mittlerer Druckerei übernehmen. Werte Angebote unter K. R. 65 Berlin, Postamt 32, erbeten. [886]

Junger, flotter Seher

in allen Sagarten bew., sucht zum 17. Novbr. dauernde Kondition. W. Off. erb. an **Arthur Bernhardt, Lissa i. P.,** Stogengasse 1. [877]

Selbst arbeitender Accidenzsetzer

deutsch-französisch-englische Sprache u. Handelskenntnisse, wünscht sich als solcher, Stütze des Faktors, Korrektor, oder auf Bureau zu veränderen. Werte Off. u. O. L. 878 an d. Geschäftsst. d. Bl.

Junger Schriftsetzer

für Zeitungs-, Werk- und leichten Accidenz-satz sucht sofort Stellung. Werte Offerten erbeten an **W. Kapst, Schriftsetzer, Beuthen (O.-Schl.),** Postlagernd. [892]

Tüchtiger Beher

in allen Sagarten bewandert, welcher auch an der Maschine aussetzen kann, sucht **sofort** oder später Kondition. Werte Off. erb. an **W. Hoffmann, Gimmel, Kr. Wohlau (Schl.).**

Junger, flotter Accidenz-, Inseraten- und Zeitungssetzer

sucht sofort dauernde Kondition. Werte Off. erb. an **Rich. Simon, Reichendach in Schlesien, Neudorfstraße 120.** [893]

Schriftsetzer

im Accidenz- sowie in jedem andern Sage firm, auch a. d. Maschine selbständig arbeitend, sucht Kondition; selbiger möchte event. das Maschinenwesen erlernen. Wertig, Hamburg oder Umgebung bevorzugt. Werte Offerten erbeten an **H. Reichelt, Königsberg (Pr.),** Sachg., Mittelstraße 6, erbeten. [894]

Junger Schriftsetzer

in allen Sagarten bewand., sucht in kleinerer Provinzstadt Stellung. Antritt kann sofort oder später erfolgen. Werte Off. u. H. D. 876 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Maschinenmeister, 27 J. alt, im Platten-, Autotypie u. Illustrationsdrucke tüchtig sowie mit der Zweitvermehrung, u. Vektorarbeit, sucht sich Stellung. W. Off. an **F. W. Gartelmuß, Katowitz O.-S.,** Andrastr. 4, erb.

Schriftgießerei

J. D. Trennert & Sohn

Altona-Hamburg
Kompl. Buchdruckerei-Einrichtungen jeglichen Umfanges.

Exakte Lieferung. Reichhaltige Auswahl. Kostenanschläge u. Proben stets gern zu Diensten.

Gallocitin
modernes Matrizenpulver für Warm- und Kaltstereotypie empfiehlt
Reinhold Mäser, Coswig, Sa.

Brandenburgischer Maschinensetzer-Verein

Sitz Berlin.

Sonntag den 2. November, vormitt. 10 Uhr:

Verammlung

im **Gewerkschaftshaus, Saal 3, Lueregeb. p.,** Engel-Allee 15.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Neuaufnahmen; 3. Ausprüche über einige Punkte des Protokolls der Generalversammlung; 4. Technisches; 5. Verschiedenes. Kollegen, welche noch mit Beiträgen im Rückstande sind, wollen diese **spätestens** in der Versammlung begleichen, andernfalls statutenmäßig gegen sie vorgegangen wird. — Das Ergebnis unserer Statistik gelangt gedruckt zur Ausgabe. [889]

Zufriedenen und pünktlichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Dresden Buchdruck-Masch.-Verein, Dresden

Sonntag den 2. November, vorm. 11 Uhr,

im Vereinslokale, **Reichelbän:**

Monatsversammlung.

Tagesordnung: Beschlußfassung über den Vereinslokalwechsel. [881]

Um zahlreiches Erscheinen bittet **D. V.**

NB. Neuanten werden ersucht, baldmöglichst, spätestens bis zum 15. November, ihre Karte zu begleichen, widrigenfalls sie als solche mit auf dem Kassenausschluß-Zirkulare ausgeführt werden.

Maschinensetzervereinigung Gau Dresden.

Sonntag den 2. November, vorm. 11 Uhr;

Monatsversammlung im Restaurant zum **Hensfelder, Raubachstraße 16.** [880]

Ein alter Freund des Kollegen **Karl Olsen** aus Bremen wünscht gern dessen Vorfahre zu erfahren. Werte Nachricht erbittet **H. Pahn,** Buchstraße 29, A. Bremen.

Erfurt. Sonnabend den 1. November, abends 7/9 Uhr im **Zivoli:**

Generalversammlung.

11. a. **Vorstandswahl und Verlegung des** Versammlungstages. — Vollständiges Erscheinen der Mitglieder erwartet **D. V.** [890]

Greifswald. Sonnabend, 1. Nov., Versammlung. [888]

Halle a. S.

Sonnabend den 1. Novbr., abends 8 1/2 Uhr, im **Caissöze** zu den **drei Königen:**

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Protokollverlesung; 2. Mitgliederaufnahme; 3. Rechnungslegung pro 3. Quartal; 4. Mitteilungen des Vorstandes; 5. Verschiedenes. [885]

Der Vorstand.

Plauen i. V. Sonnabend, 1. Novbr., abends 7/9 Uhr, Versammlung im Restaurant zum **Eckertshaus**, Wichtige Tagesordnung. **D. V.** [887]

Zwickau. Sonnabend d. 1. Novbr., abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant **Belvedere: Monatsversammlung.** **D. V.**

Zu einer in Rütze stattfindenden **Druck-Sachausstellung** werden die verehrlichen Kollegen, Firmen, Fachvereine höflich gebeten, entbehrliche Druckgaben einzusenden an **H. Meier, Köthen (Anh.),** Ringstr. 128, I. Auf Verlangen Rücksendung. [884]

Richard Härtel, Leipzig-R.

Kohlgartenstrasse 48

Buchhandlung und Antiquariat

liefert Werke aller Art zu **Ladenpreisen** franko

Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.

Unterichtsbriefe für Buchdrucker. Erschienen: Sechsbände I (Geschichtliches) und II (Arbeitslehre); Druckereibrief I (Allgemeines des Druckens) und Handpresse. Jeder Brief 75 Pf.

Engelmanns Kalender für Buchdrucker usw. für 1902, eine Neuauflage der Fachpresse im Jahre 1901 enthaltend. 2 Mk.

Praktischer Leitfaden für den Buchdrucker. Ein wirkliches Lehrbuch für den Handwerker, die Farbherstellung im Buchdruck. Nach jahrelanger praktischer Erfahrungen und Versuchen bearbeitet u. herausgegeben von **H. Müller u. M. Dethlefs.** 8,50 Mk. franco **Sand-Verlag der graphischen Künste.** 10 Pf. Geb. 12 Mk.

Der Satz des Griechischen, von F. Walter. 1. Alt-, 2. Neugriechisch, 1 Mk.

Unterichtsbedingungen: Kompletzlehre 25 Pf., Stellen-Angebote, Geschichte u. Besondere anzeigen bei direkter Zuführung des Monats 10 Pf. — Belegnummer 3 Pf. — Die sämtlichen Beträge müssen bei der Aufgabe der Anzeige entrichtet werden. — Offerten ist Freimarke zu beifügen.